

722/J XXI.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Grollitsch und Kollegen
an den Bundeskanzler
betreffend tierschutzrechtliche 15a - Verträge

Als Ersatz für ein von der Bevölkerung und der parlamentarischen Mehrheit im Nationalrat gewünschtes Bundestierschutzgesetz erteilte die Landeshauptleutekonferenz am 5. Juni 1997 den Auftrag, eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B- VG über den Tierschutz in der außerlandwirtschaftlichen Tierhaltung bis Ende 1997 ausarbeiten zu lassen. Am 24. April 1998 empfahl die Landesamtsdirektorenkonferenz, die Vereinbarung gemäß Art. 15a B- VG zur Verbesserung des Tierschutzes im allgemeinen und im besonderen im außerlandwirtschaftlichen Bereich der Landeshauptleutekonferenz zur Unterzeichnung vorzulegen.

Da zwei Landtage dieser Vereinbarung nicht beigetreten sind - Salzburg verbesserte stattdessen das eigene Landestierschutzgesetz - ist diese Vereinbarung österreichweit noch nicht in Kraft getreten. Es gibt daher weiterhin neuerlei Tierschutzrecht samt unterschiedlicher Vollziehung.

Der Wunsch der Freiheitlichen, das Bundestierschutzgesetz ins Regierungsprogramm aufzunehmen, wurde vom Koalitionspartner abgelehnt. Stattdessen wurde vereinbart, daß die „bestehenden 15a - Vereinbarungen zum Tierschutz laufend überprüft und die Behebung bestehender Mängel im Interesse des Tierschutzes durchgesetzt werden.“ Da die Landeshauptleute den Text der 15a - Vereinbarung unterschrieben haben, besteht er, ohne allerdings bisher Rechtsgültigkeit erlangt zu haben. Ebenso bestehen große Mängel im Bereich des Tierschutzes, die es ohne weitere Zeitverzögerung zu beheben gilt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundeskanzler folgende

Anfrage

Was unternehmen Sie, um die Länder im Sinne des Tierschutzvolksbegehrens und des Regierungsprogramms zu veranlassen, die bestehende, aber noch nicht rechtsgültige 15a - Vereinbarung zur Verbesserung des Tierschutzes im allgemeinen und im besonderen im außerlandwirtschaftlichen Bereich rasch in Kraft zu setzen?

Was unternehmen Sie zur Umsetzung der zwischen FPÖ und ÖVP getroffenen Vereinbarung hinsichtlich Tierschutz im Regierungsprogramm?

Werden Sie bei Nichtzustandekommen einer rechtsgültigen 15a -Vereinbarung die Beschlußfassung eines Bundestierschutzgesetzes befürworten?